



Niederschrift

63. Plenarsitzung des Gemeinderates
9. April 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

Punkt 20 der Tagesordnung: Förderung der Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit

Antrag: SPD

Vorlage: 2019/0207

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf.

Stadträtin Fischer (SPD): Wir können zunächst mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen, dass wir das Inkrafttreten des Starke-Familien-Gesetzes abwarten, aber natürlich ist es dringend geboten, im Sozial- und Jugendhilfeausschuss darüber zu diskutieren, ob dieses neue Gesetz tatsächlich die Lücken des Bundesteilhabegesetzes füllt, die dazu geführt haben, dass viele Beteiligte dieses Gesetz nicht mehr angewandt haben, weil es so unständig war. Wir wollten mit unserem Antrag auch noch mal darauf hinweisen, dass gerade zur Fortentwicklung unserer vorbildlichen Jugend- und Sozialpolitik, wir das Fachgespräch mit den Jugendhilfeträgern weiterführen, auch da wo das neue Gesetz uns Lücken lässt, wie wir hier weiter denken können. Wir waren in Karlsruhe immer auf einem guten Weg, was das Vordenken anbelangt hat, mit den Teilhabechancen aller, und da würden wir uns wünschen, dass wir auch miteinander weitere Formideen im Bereich der Jugendhilfe entwickeln.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Argumentation und dem Vorschlag der Kollegin Fischer können wir uns anschließen, denn wir denken auch, dass es im Moment zu früh ist, um zu überlegen, wo es vielleicht Lücken gibt. Wir sollten erst mal abwarten, bis das Gesetz in Kraft tritt und dann in einem Jahr, wie es von der Verwaltung vorgeschlagen ist,

in die entsprechenden Ausschüsse gehen. Das wäre genau der Weg, den wir auch mitgehen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann mich nahtlos der Kollegin Fischer und der Kollegin Meier-Augenstein anschließen. Die SPD hat hier Lücken aufgedeckt, die wirklich vorhanden sind und wo Handlungsbedarf besteht. In der Tat sollte dann auch dieses neue Gesetz im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden, um zu klären, inwieweit das jetzt die Kriterien der Bildungsgerechtigkeit voll erfüllt. Gleichzeitig ist es sicher auch ein Anliegen von uns GRÜNEN, dass wir mit den Jugendhilfeträgern ins Gespräch kommen. Insofern haben wir hier eine einheitliche Meinung und begrüßen den Antrag, der jetzt dazu geführt hat, dass wir das Thema auch im Jugendhilfeausschuss besprechen können.

Stadtrat Braun (KULT): Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ist auch meiner Fraktion wichtig. Ich teile zwar die Sorgen der SPD-Fraktion, dass die bestehenden Defizite aus dem bestehenden Bildungs- und Teilhabepaket nicht vollständig durch ihr eigenes Starke-Familien-Gesetz behoben werden können, dennoch möchte ich mich dafür aussprechen, dieses erst abzuwarten, bevor wir kommunale Änderungen beschließen, die dann doch wie angekündigt, über das Starke-Familien-Gesetz mit Bundesförderung umgesetzt werden. Auch wenn ich Ihr Misstrauen aktuell bestens verstehen kann, möchte ich Sie ermutigen, etwas mehr Vertrauen in Ihre Bundesspitze zu haben. Mit etwas Geduld und fundierten Erkenntnissen durch die angekündigten Gesetzesänderungen, hätten Sie mit diesem Antrag sicherlich auch eine aufgeschlossene Debatte herbeiführen können.

Stadtrat Jooß (FDP): Nach meinen Informationen ist die Schule in der Pflicht, die Schüler versetzungsreif zu machen und das tut sie auch, zum Beispiel mit Nachhilfeangeboten. Leider gibt es trotzdem Kinder, die von ihren Fähigkeiten ausgehend, das nicht schaffen. Deswegen sind wir gegen Gleichmacherei, weil eben nicht alle Kinder gleich sind. Deshalb begrüßen wir die Initiative der SPD, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um besonders die Schwachen weiterzubringen. Die betroffenen Eltern sind mit Sicherheit für diese Unterstützung dankbar, und wir sind der Bildungsgerechtigkeit etwas näher gekommen.

Der Vorsitzende: Ich sehe eine große Mehrheit dafür, dass man die Ergebnisse abwartet. Der Kollege erzählt gerade, dass im Juli der Armutsbericht vorgestellt wird, und das Thema Bildung einen eigenen Schwerpunkt bildet. Wenn es darüber hinaus noch Bedarf gibt, dann melden Sie den bitte an.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: